

# «Poldis» sollen bis drei Jahre angestellt sein

Der Zürcher Kantonsrat hat einen Vorstoss der Schlieremer Grünen-Kantonsrätin Livia Knüsel vorläufig unterstützt.

Sven Hoti

Seit dem Schuljahr 2022/2023 sind sie im Kanton Zürich im Einsatz, die Personen ohne Lehrdiplom – oder kurz: «Poldis». Zwischen 500 und 600 waren es seither jedes Jahr. Die Bildungsdirektion hatte wegen des Lehrpersonenmangels einen Passus im Lehrpersonalgesetz in Kraft gesetzt, der dies ermöglicht. Dieser muss jedes Jahr von Neuem aktiviert werden – seit dem Schuljahr 2022/2023 geschah dies zwei weitere Male.

Der Passus legt weiter fest, dass die Gemeinden die «Poldis» für maximal ein Jahr anstellen können. Wollen sie danach weiterarbeiten, müssen sie an eine andere Schule in einer anderen Gemeinde wechseln. Das Thema «Poldi-Hopping» sorgte bereits Anfang Jahr im Zürcher Kantonsrat für Diskussionen. Dies führte dazu, dass die Schlieremer Grünen-Kantonsrätin Livia Knüsel Anfang Juli eine parlamentarische Initiative (PI) einreichte, welche vom Regierungsrat fordert, die Einjahresfrist auf maximal drei Jahre zu erhöhen.

## Viel Aufwand für Schulen und «Poldis»

Der ständige Wechsel der «Poldis» sei eine Belastung für die Schulen, sagte Knüsel am Montag im Kantonsrat. Er gebe viel Rekrutierungs-, Einarbeitungs- und Begleitenaufwand. Umgekehrt sei auch die Lehrperson ohne Diplom mit einer grossen Arbeitslast konfrontiert. «Dass sie jedes Jahr an einer anderen Schule arbeiten und dort die Infrastruktur, das Team, die Kinder neu kennenlernen muss, ist eine Zumutung.» Es sei daher sinnvoll, wenn die Lehrpersonen einen ganzen Klassenzug, also längstens drei Jahre, bleiben dürften.



Blick in die Schule Steinmürl in Dietikon. Wegen des Lehrermangels dürfen im Kanton Zürich seit dem Schuljahr 2022/2023 auch Personen ohne Lehrdiplom, sogenannte «Poldis», unterrichten.  
Symbolbild: Colin Frei

Die PI möchte den besagten Passus ferner um die Pflicht für «Poldis» erweitern, während ihrer Anstellung eine von Kanton und Gemeinden vergütete Weiterbildung zu absolvieren. Dies diene der Qualitätssicherung, so Knüsel, die als Primarlehrerin arbeitet. Die Weiterbildung solle einer etwaigen späteren Ausbildung an der Pädagogischen Hoch-

schule angerechnet werden dürfen.

## «Ein Jahr ist definitiv zu kurz»

Der Vorstoss stiess im Kantonsrat sowohl links als auch rechts auf offene Ohren. «Es ist wichtig, dass sie Zeit haben, eine Ausbildung in Angriff zu nehmen. Diese Zeit müssen wir ihnen geben», betonte Alexander

Jäger (FDP, Zürich). «Ein Jahr ist definitiv zu kurz», fand auch Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon). Dies führe zu «Schul-Hopping, das keiner will».

Auch die SVP hob den Ausbildungsaspekt hervor und meinte weiter, dass die Schulen dadurch administrativ entlastet würden. «Dies macht den Einstieg in den Beruf attraktiver und erhöht die Kontinuität in

einer Klasse», sagte Ursula Juncker (SVP, Mettmenstetten). Was ihrer Meinung nach jedoch in der PI fehlt, ist eine pragmatischere Lösung hinsichtlich der Pflicht zur Weiterbildung bei älteren Personen. «Sie sind aufgrund ihrer Lebens- und Berufserfahrung eine Bereicherung und sollten nicht noch ein mehrjähriges Studium absolvieren müssen.»

Überraschend dezidiert gegen Knüsel's PI war die SP. Carmen Marty Fässler aus Adliswil bezeichnete ihn als «Pflasterli-Politik»: «Nur aufgrund des Lehrermangels eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die den Missstand kurzfristig beheben soll, ist einfach nicht richtig.» Es müsse vielmehr dringend daran gearbeitet werden, dass es keinen Missstand mehr gebe. Etwa indem die Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen verbessert würden.

## SP spricht von «Pflasterli-Politik»

Fässler kritisierte weiter, dass in Knüsel's PI nicht konkret steht, welche Art von Weiterbildung die «Poldis» absolvieren müssten. «Warum sollen sie nicht gleich eine Ausbildung zur Lehrperson machen?» Denn damit die Schülerinnen und Schüler von ihrer Schulzeit profitieren könnten, brauche es gut ausgebildete, qualifizierte Lehrpersonen.

«Auf absehbare Zeit wird sich nichts an der Situation ändern», entgegnete Nadia Koch (GLP, Rümlang). Alles andere sei Wunschdenken. «Die Schulen sind auf die «Poldis» angewiesen.» Die AL sprach sich wie die SP in erster Linie zwar auch für längerfristige Lösungen aus. Wegen des «eklatanten» Lehrpersonenmangels müsse man jedoch «alle Möglichkeiten ausloten, um die Stellen besetzen zu können», sagte Judith Stofer aus Dübendorf.

Mit Ausnahme des Grossteils der SP unterstützten dann auch alle Fraktionen praktisch geschlossen Knüsel's PI. Der Kantonsrat überwies sie mit 135 Stimmen, 60 waren nötig. Die zuständige Kommission wird sie nun weiterberaten und dem Regierungsrat zu einer Stellungnahme unterbreiten. Danach wird der Kantonsrat erneut darüber abstimmen.

## Bund soll Asylkosten zahlen

Der Zürcher Kantonsrat unterstützte einen entsprechenden Vorstoss von SVP und FDP vorläufig – allerdings nicht ohne Kritik.

Die Zürcher Bürgerlichen wollen eine Neuverteilung der Asylkosten: Der Bund soll alles zahlen, der Kanton und die Gemeinden nichts mehr. Der Zürcher Kantonsrat hat am Montag einen entsprechenden Vorstoss für eine Standesinitiative vorläufig unterstützt.

Die Parlamentarische Initiative (PI) von SVP und FDP holte 71 Stimmen. Dies sind genug für die vorläufige Unterstützung, für diese braucht es 60 Stimmen. Das Anliegen geht nun an die zuständige Kommission, welche eine Vorlage ausarbeiten wird. Erst in einer zweiten Runde wird das Parlament dann definitiv entscheiden, ob Zürich per Standesinitiative in Bern vorstellig wird.

«Die Gemeinden führen aus, zahlen und haben nichts zu

sagen», begründete Roman Schmid (SVP, Opfikon) den Vorstoss. Alles werde nach unten delegiert. «Wir fühlen uns vom Bund im Stich gelassen.» Deshalb solle der Absender, also der Bund, selber alles zahlen. Gleicher Meinung waren jedoch nur FDP und EDU.

Alle anderen Fraktionen unterstützten den Vorstoss nicht. FDP und SVP hätten doch genügend Volksvertreter in den nationalen Parlamenten. «Machen Sie Ihre unsympathische Politik in Bern, denn dort gehört das auch hin», sagte Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich).

Für die GLP war der Vorstoss «Profilierung und Symbolpolitik». Die Bundesräte von SVP und FDP hätten es im vergangenen Dezember ja in der

Hand gehabt, das Asylossier zu übernehmen und alles besser zu machen, sagte Andrea Gisler (Gossau). Dies hätten sie aber nicht gewollt. Zudem sei es nicht so, dass sich der Bund bisher nicht an den Kosten beteiligen würde.

Auch die AL vermutete «einmal mehr Stimmungsmache». Es sei unverständlich, dass die Partei mit den meisten Sitzen im Nationalrat eine Standesinitiative einreiche, sagte Lisa Letnansky (Zürich). «Sie wollen einfach gar kein Geld mehr investieren», sagte sie zur SVP. «Sie wollen die Menschen nicht in Gemeinden verteilen, sondern in Lager stecken.» Das erinnere sie an dunkle Zeiten. Der Vorstoss sei eine einzige Absage an die Solidarität. (sda)

## Kapo will Schläger-Bilder veröffentlichen

In der Nacht auf Ostermontag verletzte eine Gruppe junger Männer einen 28-Jährigen in Dietlikon schwer. Zeugen sind gesucht.

Die Kantonspolizei Zürich und die Staatsanwaltschaft wollen am 23. September Bilder von mutmasslichen Schlägern veröffentlichen – ausser die Täter oder Zeugen eines tätlichen Angriffs in Dietlikon an Ostern montag. Dies teilte die Kantonspolizei am Montag mit.

In der Nacht auf Ostermontag, am 1. April, war es in einer öffentlichen Tiefgarage an der Industriestrasse 29 in Dietlikon zu einer heftigen Auseinandersetzung gekommen. Eine Gruppe junger Männer, die sich zuvor in der Disco «Face Club» aufgehalten haben dürfte, verletzte dabei einen 28-jährigen Schwei-

zer mit Fusstritten gegen den Kopf schwer.

## In der Tiefgarage herrschte reges Treiben

Die Polizei und die Staatsanwaltschaft I für schwere Gewaltdelikte hätten von mehreren Tatverdächtigen Bildmaterial sichern können, heisst es in der Mitteilung. Die Ermittlungen hätten aber bislang nicht zu deren Identifizierung geführt.

Die Strafverfolgungsbehörden kündigen deshalb an, die Bilder der mutmasslichen Täter am 23. September unverpixelt zu veröffentlichen. Sie werden darauf verzichten, wenn bis da-

hin Hinweise zu den Gesuchten eingehen oder sich diese selber bei der Polizei melden.

Zum Tatzeitpunkt gegen 3 Uhr habe sowohl in der Dietliker Liegenschaft, in der sich unter anderem die Disco «Face Club» und das Bowlingcenter «Bowling-Universum» befinden, als auch in der Tiefgarage ein reges Personenaufkommen geherrscht, schreibt die Polizei.

Personen, die Angaben zum Vorfall oder zu in die Auseinandersetzung involvierten Personen machen können, werden gebeten, sich mit der Kantonspolizei Zürich, Telefon 058 648 48 48, in Verbindung zu setzen. (sda/liz)